

unumgänglich sind, auf gesetzlicher Grundlage durchführen zu können. Wie der Minister für nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann, vor der Volkskammer sagte, ist dieses Gesetz „eine folgerichtige Fortsetzung all jener politischen, militärischen, ökonomischen und staatsrechtlichen Maßnahmen, die wir seit dem Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik zur Sicherung der Lebensinteressen unserer Werktätigen und des ganzen deutschen Volkes getroffen haben.“²

Das Verteidigungsgesetz ist somit im gegenwärtigen Zeitabschnitt die bedeutendste praktische Maßnahme der auf die Sicherung des Friedens gerichteten Militärpolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates. Seine exakte Verwirklichung ist eine Lebensfrage unseres Volkes.

I

Das Verteidigungsgesetz kam, wie jede unserer Maßnahmen zur Bändigung des westdeutschen Militarismus, zur rechten Zeit. Die Entwicklung des Militarismus in Westdeutschland bestätigt, daß die Militärfrage eine Existenzfrage unseres Staates ist. Die Bonner Ultras, bar der Fähigkeit, das politische Kräfteverhältnis, die Lage in Deutschland und in der Welt real einzuschätzen, wollen sich nicht damit abfinden, daß der zweite Weltkrieg beendet ist und der Ausbruch des dritten durch den Abschluß des deutschen Friedensvertrages verhindert werden muß. Sie haben zu diesem Zweck die absurde These von der „Bedrohung durch den Friedensvertrag“ erfunden und sehen ihren „Ausweg“ in der maximalen Verstärkung des Wehrtrüsts. Das findet in ganz besonderem Maße im NATO-Plan-Dokument MC 96 seinen Ausdruck. Es ist bemerkenswert, daß dieses Dokument bereits im Mai 1961, in der turnusmäßigen Sitzung des NATO-Military Comitees in Washington angenommen und vom Nazigeneral Heusinger ausgearbeitet wurde. Schon damals hatten diese extremsten Kreise der westdeutschen Kriegspartei jene Zielsetzung im Auge, über deren Irrealität nach unseren Maßnahmen vom 13. August der „Industriekurier“ (Düsseldorf) am 2. September 1961 mit Bitternis zu schreiben gezwungen war: „Eine Wiedervereinigung ... mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel — eine solche Wiedervereinigung wird es auf absehbare Zeit nicht geben.“ Und an anderer Stelle: „Kläglicher konnte der Abstieg des Westens von seinen früheren Positionen nicht ausfallen.“

Auf diese Zielsetzung, die Zerstörung und Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, ist das gesamte Dokument MC 96 ausgerichtet. Es ist die Umsetzung der berüchtigten „Atomdenkschrift“ der Bonner Generale vom August 1960 und der bisher wichtigste Schritt zu ihrer Verwirklichung auf NATO-Ebene. Das geht eindeutig aus dem Inhalt von MC 96 hervor. Die wesentlichsten Punkte dieses Dokumentes sind:

1. Für Westdeutschland entfallen alle Beschränkungen über Truppenstärken, Bewaffnung und Produktion von Kriegsmaterialien aller Art, die vor sechs Jahren in den Pariser Kriegsverträgen, als Westdeutschland offiziell der NATO beitrug, festgelegt worden waren. Danach ist es den westdeutschen Militaristen nunmehr offiziell gestattet, Kernwaffen zu produzieren, an deren Herstellung sie bisher nur über den streng geheimgehaltenen Umweg der Beteiligung am französischen Forschungszentrum St. Louis mitwirkten.

2. Alle Divisionen des NATO-Kommandos, die in der sog. operativen Zone stehen, d. h. der unmittelbaren Zone zur Auslösung des Krieges, erhalten unmittelbare Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe.

Das bedeutet, daß die schon jetzt der NATO unterstellten Divisionen der Bundeswehr zu den bereits vorhandenen Abschubmitteln die atomaren Sprengköpfe bekommen und somit die westdeutschen Militaristen direkte Verfügungsgewalt über atomare Waffen besitzen. Hinzu kommt, daß diese Divisionen — wie es heißt — „näher an die Ostgrenze“, also die Grenze der DDR, „verlagert werden“.

3. Westdeutschland stellt bis Oktober 1961 zwölf Heeresdivisionen für die NATO auf und bereitet die Aufstellung sechs weiterer Divisionen, deren Stäbe schon bestehen, in schnellem Tempo vor.

Zu diesem Zweck wurde die Dienstzeit der Wehrpflichtigen ab 1. Oktober 1961 von zwölf auf 18 Monate verlängert und jene 40 000 Soldaten, die im Herbst dieses Jahres entlassen werden sollten, werden zurückgehalten und müssen länger Wehrdienst leisten.

4. Schließlich ist bemerkenswert, daß MC 96 ausdrücklich den Plan der westdeutschen Ultras billigt, die sog. westdeutsche Territorialarmee oder — wie sie oft genannt wird — die „bodenständige Landesverteidigung“ maximal im Interesse der höchstmöglichen Militarisierung Westdeutschlands zu erweitern und zu diesem Zweck einen sog. nationalen Leitungsstab für Westdeutschland einzusetzen³.

Die Verwirklichung von MC 96 ist zur Zeit in vollem Gange. Schon befinden sich modernste Massenvernichtungswaffen wie die Atomraketen der Typen „Honest John“, „Corporal“, „Matador“, „Nike“, „Hawk“ und „Mace“ bei den westdeutschen Verbänden.

Die westdeutsche Aufrüstung kostete bisher über 100 Milliarden Mark, also mehr, als Hitler für die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges benötigte. Zur Schaffung der Millionenarmee werden allein für 1961 folgende Planstellen in der Bundeswehr vorgesehen: 166 Generale, 674 Oberste, 1996 Oberstleutnante, 4680 Majore, 8104 Hauptleute, 4757 Oberleutnante und 4326 Leutnante⁴. So schaffen sie sich die materielle und personelle militärische Basis für ihre aggressive Politik. Jetzt, da der Abschluß des deutschen Friedensvertrages unmittelbar bevorsteht, setzen die extremsten Kreise Westdeutschlands alle Mittel ein, um die Kriegsgefahr zu verstärken und den Ausbruch des Krieges herbeizuführen. Ihr Hauptstoß richtet sich dabei gegen die Deutsche Demokratische Republik, die sie von außen und innen in jeder Weise zu unterhöheln trachten.

Ein Intimus von Strauß, der berüchtigte Alfons D a l m a , schrieb im „Münchner Merkur“ vom 26. Juni 1961 u. a.:

„Bei entsprechender politischer, psychologischer, propagandistischer und nicht zuletzt auch organisatorischer und subversiver Vorbereitung seitens des Westens könnten diese Faktoren (Unzufriedenheit in der DDR) katastrophale Folgen ergeben. Die zu treffenden Maßnahmen würden von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum vollständigen passiven Widerstand, von der Massendesertation und von den Straßendemonstrationen bis zur völligen Auflösung der Volksarmee¹ und bis zum regelrechten Volksaufstand gegen die Sowjettruppen gehen können.“

In gleicher Weise äußerte sich der in der CDU einflußreiche Journalist Robert I n g r i m , der am 10. Juli 1961 in der „Bonner Rundschau“, einem Leibblatt Adenauers, schrieb:

... daß sich die freie Welt in den Stand setzen müsse, alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden ... Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des

³ vgl. ND (Ausg. B) vom 8. September 1961.

⁴ vgl. Memorandum der Regierung der DDR an die XVI. UNO-Vollversammlung, ND (Ausg. B) vom 28. September 1961.